



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/295 - 22. Dezember 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

Zur Konzils-Präkonferenz am Freitag 8. 6  
Vize-Schm. Zienthaus über John 8. 7

Sperrfrist 30. Dezember

Jahreswende - erste in der Politik

Von Erich Gilenscher, Vorsitzender der SPD

Der Jahreswechsel 1956/57 ist in der Politik dieses Mal mehr als der Übergang vom alten zum neuen Jahr; er ist eine Wende in der internationalen Politik. Die Dinge sind im Fluß gekommen. Die Ereignisse des Jahres 1956 haben offensichtlich die Szene aufgebaut, die der Hintergrund von kommenden Entwicklungen und Ereignissen sein wird.

Der XX. Kongress der kommunistischen Partei Rußlands, der Aufstand in Polen, die französische Abhilfe der polnischen Regierung, die militärische Intervention von Frankreich und Großbritannien am Suez-Kanal, der Freiheitskampf des ungarischen Volkes, die Wiederwahl des Präsidenten Eisenhower und schließlich der Besuch des indischen Ministerpräsidenten Nehru beim amerikanischen Präsidenten sind einige der wichtigsten Daten in diesem ereignisreichen und spannungsgeladenen Jahr 1956.

Fortführung der Blockpolitik - größte Gefahr

Was wird das neue Jahr bringen? Seit den Ereignissen am Suez-Kanal und in Ungarn wissen alle Beteiligten, dass eine Fortführung der bisherigen Politik, der Politik der militärischen Blockbildung, des Kalten Krieges, der einseitigen militärischen Interventionen,



der Verschleppung der Ausrüstung, der Ignorierung der asiatischen Welt als selbständigen politischen Faktor im politischen Weltgeschehen uns über Nacht an den Rand eines neuen Weltkrieges bringen kann.

Es müssen die Lehren aus den Erfahrungen der letzten Monate gezogen werden. Die NATO-Tagung in Paris im Dezember hat die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, dass das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs und Großbritanniens im Nahen Osten der NATO-Idee des gemeinsamen Handelns gegen eine gemeinsame Gefahr einen schweren Schlag versetzt hat. Das Jahr 1956 hat ausserdem gelehrt, dass ein geteiltes Land wie Deutschland in einem militärischen Bündnis weniger als ein halber Partner ist, weil die Angst vor einem Bruderkrieg die Bereitschaft der Deutschen zu einem neuen militärischen Beitrag weit überschattet. Ausserdem hat die Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen die Fragwürdigkeit der bisherigen militärischen Konzeption der NATO-Politik noch weiter verstärkt.

Auf der anderen Seite ist der Versuch der Sowjetunion gescheitert, mit den Mitteln der Unterdrückung und der Gewalt die osteuropäischen Völker in den Dienst des östlichen Militärblocks, des Warschauer Paktes zu pressen. Der Warschauer Pakt ist kein wirksames Instrument einer russischen Aussenpolitik mehr, die die Blockpolitik in den Jahren nach 1945 durch die Unterdrückung der osteuropäischen Völker ins Werk gesetzt hat.

#### Vereinte Nationen stärken :

Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind für alle Beteiligten sehr weittragend. Die alte Waffe der Politik der Stärke ist stumpf geworden. Die Sowjets müssen jetzt wissen, dass ihre Vorstellung, den Westen Europas politisch erobern und diese Völker zum Instrument einer imperialistischen Aussenpolitik machen zu können, gescheitert ist. Der Westen kann seine Befreiungspolitik, die das ideologische Fundament des Kalten Krieges war, nicht fortsetzen, wenn er nicht gerade die Kräfte in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern fördern will, die die Krise der Sowjetpolitik mit einer Politik des

"Alles oder Nichts" lösen möchten.

Was wir brauchen, ist ein entschlossener Versuch, einen neuen Anfang zu finden. Die erste Aufgabe ist, die Vereinten Nationen zu stärken. Die Vereinten Nationen müssen eine alle Völker der Welt umfassende Organisation werden. Es muss ein Weg gefunden werden, um die Aufnahme von China in die Vereinten Nationen ohne Veto der Vereinigten Staaten von Amerika zu ermöglichen. Die Vereinten Nationen müssen materiell in die Lage versetzt werden, die von ihren Körperschaften gefassten Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Frage der Abrüstung muss erneut in Angriff genommen werden. Es gibt in den internationalen Abrüstungsgesprächen Ansatzpunkte zu ersten konkreten Schritten für eine Abrüstung, vor allem auf dem Gebiet der atomaren Waffen und der Wasserstoffbomben.

#### Wiedervereinigung und Sicherheit

Die Schwerpunkte internationaler Spannungen müssen auf ihre friedlichen Lösungsmöglichkeiten hin neu untersucht werden. Das gilt vor allem auch für die Frage der europäischen Sicherheit und die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Einbeziehung der beiden Teile Deutschlands in das westliche und das östliche Militärsystem hat sich als eine unbrauchbare Lösung erwiesen. Sie hat uns weder die Einheit Deutschlands noch ein höheres Mass von Sicherheit für den einen oder anderen Teil der Welt gebracht.

Der Ausweg in Europa kann nur liegen in neuen Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über ein für beide Seiten akzeptables Sicherheitssystem in Europa, das die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von freien Wahlen ermöglicht und das zugleich die Position eines wiedervereinigten Deutschlands in diesem Sicherheitssystem in Vereinbarungen mit den Deutschen so festlegt, dass keine Seite ein wiedervereinigtes Deutschland als eine sie bedrohende Gefahr empfindet, und zugleich dem deutschen Volk das Höchstmass an Sicherheit gibt, das es - wie jedes andere Volk - beanspruchen kann.

Nur eine solche Initiative ist die wirkliche konstruktive Antwort

auf die neue internationale Lage. Sie bewahrt uns vor der Gefahr einer weiteren Auflösung der überholten bisherigen Konzeption und vor der Gefahr vor Kurzschlüssen in der Aussenpolitik der einen oder anderen Seite, die unabsehbare Folgen haben müssen. Sie schafft die Möglichkeit, in Verhandlungen eine bessere Ordnung aufzubauen, ohne ein Vakuum entstehen zu lassen. Die ersten Monate des neuen Jahres werden zeigen, ob die Regierungen der entscheidenden Mächte bereit sind, den neuen Weg zu gehen und den Völkern ein grösseres Mass von Sicherheit und ein grösseres Mass von Vertrauen in die Erhaltung und Festigung des Friedens zu geben.

#### Schicksalsschwere Monate

Für das deutsche Volk werden es die schicksalsschwersten Monate seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sein. Von einem Erfolg dieser Bemühungen hängt die Wiedervereinigung Deutschlands in einer absehbaren Zukunft und - noch mehr - das Schicksal unseres Volkes überhaupt ab. Die Gefährlichkeit unserer Lage ist dem deutschen Volke in den dunklen Novembertagen des Jahres 1956 erschreckend deutlich ins Bewusstsein gerückt.

Auf der Bundesregierung lastet eine schwere Verantwortung. Wir Sozialdemokraten erfahren jetzt durch die geschichtliche Entwicklung eine selten eindeutige Rechtfertigung unserer Aussenpolitik, unserer Warnungen vor der Politik der Stärke und unserer Forderung, die Bundesrepublik einseitig militärisch an den Westen zu binden.

Wir können heute darauf hinweisen, dass unsere Vorstellungen über ein europäisches Sicherheitssystem Gegenstand weltweiter internationaler Diskussionen geworden sind. Wir triumphieren nicht, aber wir hoffen, dass die Bundesregierung sich wenigstens jetzt bereit findet, an der Bewältigung der Aufgaben in der neuen Situation aktiv mitzuwirken. Was kann die deutsche Bundesregierung heute noch daran hindern, die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und zu China zu normalisieren? Was kann sie hindern, mit der Sowjetregierung auf diplomatischem Wege und unter voller Information unserer westlichen Vertragspartner über die Möglichkeiten und Bedingungen der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems

zu verhandeln, nachdem diese Vorstellungen Gegenstand öffentlicher Erörterungen in allen massgebenden politischen Kreisen des Westens sind ?

Als die sogenannte militärische Umrüstung im vergangenen Jahr in Angriff genommen wurde, hat der Bundeskanzler sich darüber beklagt, dass man ihn nicht informiert habe. Wenn die Bundesregierung jetzt nicht bald aktiv wird, wird sie auch in dem Prozeß der politischen Umrüstung zu spät kommen.

Die Ära Adenauer ist zu Ende

Hinter diesen erregenden weltpolitischen Bewegungen und Ereignissen scheint die Tatsache, dass das Jahr 1957 für die Bundesrepublik ein Wahljahr sein wird, fest in den Hintergrund zu treten. Es scheint aber nur so. Die Bundestagswahlen im Jahre 1957 werden ein europäisches und internationales Ereignis von weittragender Bedeutung sein. Das deutsche Volk muss bei dieser Wahl die Konsequenzen aus der veränderten Welt-situation ziehen. So wie die Dinge seit 1949 in der Bundesrepublik gelaufen sind, ist der Zeitpunkt gekommen, in dem das deutsche Volk die bisherige Regierung und ihre Mehrheit durch seine eigene freie Entscheidung ablöst. Die Ära Adenauer ist zu Ende. Als gestaltende Kraft für den neuen Abschnitt der Politik unseres Volkes und der internationalen Politik müssen die Kräfte durch das deutsche Volk zur Führung berufen werden, die in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie den Weg der Verständigung, der Entspannung, der friedlichen Lösung des Deutschland-Problems gehen wollen, und die zugleich im Innern unserer Bundesrepublik die Politik der Restauration und des unsozialen Egoismus ablösen wollen durch eine Politik der sozialen Sicherheit und der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit für alle Bürger unseres Staates. Der beste Garant für eine solche Politik ist die Sozialdemokratie.

Gruss an die Saar

An diesen Neujahrstag begrüßen wir unsere Landsleute an der Saar als Bürger der Bundesrepublik. Es ist vor allem das Verdienst der Bevölkerung an der Saar, dass wir dieses bedeutsame Ereignis

erleben können. Wir Sozialdemokraten werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Saarländer sich in der Bundesrepublik zu Hause fühlen, und wir werden auch vor allem dafür kämpfen, dass wir recht bald den Neujahrstag in einem wiedervereinigten freien Deutschland mit der Hauptstadt Berlin festlich begehen können.

+ + +

#### Neue Töne

sp. Am letzten Freitag hat der Bundeskanzler in einer Pressekonferenz aussenpolitische Bemerkungen gemacht, die aufhorchen liessen und die Frage aufwarfen, ob sich an der Jahreswende 1956/57 auch ein Auffassungswandel Dr. Adenauers in der deutschen Schicksalsfrage anzubahne. Die Journalisten, vor denen der Bundeskanzler sprach, waren nicht weniger überrascht, als die Öffentlichkeit es sein wird, denen sie diese Feststellungen weitergeben.

Kernstücke waren seine ausweichende Antwort auf die Frage, ob die Regierung nach wie vor keine, die Wiedervereinigung Deutschlands sei nur über die Mitgliedschaft in der NATO<sup>21</sup> erreichen. Hier war früher nur ein klares Ja denkbar. Er dann die mitgeteilte Absicht, die deutsche Frage vor die UNO zu bringen, und drittens die Tatsache, dass der Kanzler in einer Antwort auf die Frage nach seiner Ansicht über die mögliche Schaffung eines Gürtels neutraler Staaten in Mitteleuropa und die mögliche Zurückziehung amerikanischer und russischer Truppen aus Europa nur bemerkte, man müsse Geduld aufbringen und aufpassen, ob und welche Möglichkeiten sich ergäben.

Es ist also nicht anzunehmen, dass es dem Kanzler leicht gefallen ist, sich so auffällig von dem zu entfernen, was er lange Jahre hindurch politisch für allein klug und richtig hielt. Gerade dann aber ist es zu begrüssen, dass er den Mut fand, sich von seiner bisherigen starren und für neue Entwicklungen unempfindlichen Haltung loszusagen und zumindest Ansätze eines grösseren Verständnisses für die Notwendigkeiten zu zeigen, die sich aus einem offenkundigen Wandel in der internationalen Politik ergeben. Hoffentlich handelt es sich dabei nicht nur um kurzlebige Erkenntnisse und hoffentlich ist der Kanzler auch bereit, sie zur Grundlage für praktische Konsequenzen zu machen.

Der Gedanke, die deutsche Frage vor die UNO zu bringen, ist nach

unserem Wissen intern auch schon früher zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition besprochen worden. Aber der Unterschied liegt darin, dass die Opposition der Ansicht ist, dass unter allen Umständen vorher im Kreise der unmittelbar beteiligten Mächte eine gewisse Vorklärung stattgefunden haben muss. In dieser Beziehung aber liess es die Bundesregierung bisher an einer ausreichenden Initiative und an der Unterbreitung aussichtsvoller Vorschläge fehlen, wenn auch die Note von Anfang September in dieser Hinsicht gewisse Möglichkeiten aufzeigte.

Der Umstand, dass die am Freitag geäusserten Ansichten des Kanzlers in einigen Punkten eine gewisse Annäherung an oppositionelle Auffassungen darstellen, darf man registrieren. Man sollte ihm aber keine dramatischen Akzente geben, schon deshalb nicht, weil dann die Gefahr besteht, dass die Reaktion darauf wieder eine Rückentwicklung eintritt.

+ + -

Vor den Strafantag weit hinaus

ep.Nach dem ganzen Verlauf des John-Prozesses hat das süssenordentlich harte Urteil gegen den früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Überrascht. Besonders als in anderen Fällen ist in Prozessen dieser Art der Oberbundesanwalt Vertreter der Staatsinteressen. Er hatte für John eine Haftstrafe beantragt, die nicht über zwei Jahre hinausgehen sollte, unter Anrechnung von einem Jahre Untersuchungshaft. Wenn das Urteil auf vier Jahre Zuchthaus, auch unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft, lautet, so heisst das praktisch, dass es das Dreifache des vom Oberbundesanwalt beantragten Strafmasses ausmacht. Dieser Umstand ist zumindest ungewöhnlich. Und er wirkt befremdend angesichts der Tatsache, dass diese Praxis ausgerechnet bei einem Teilnehmer des 20. Juli geübt wird. Aber schon aus der Verhandlung ergab sich, dass man wohl bereit ist, den Toten diese Tages Ehre zu erweisen, dass man aber die Überlebenden offenbar anders einstuft. Im Übrigen wird man zur genaueren Bewertung des Urteils den Wortlaut der Begründung abwarten müssen.

+ + +

Allen unseren Beziehern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes erfolgreiches Neues Jahr! Die Redaktion.

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am 27. 12. 1956.

Verantwortlich: Peter Raunau